

**An die Angehörigen und SympathisantInnen
der Kommunistischen Plattform
der Partei DIE LINKE im Land Brandenburg**

**Landeskoordinierungsrat der
Kommunistischen Plattform**

Kontakt:

Klaus Curth

Telefon: 033846 / 41871

Telefax: 033846 / 41872

e-mail: utahohlfeld@t-online.de

www.dielinke-brandenburg.de

→ Partei → LAG und IG/Plattformen

→ Kommunistische Plattform

September 2013

14. Informationsblatt der KPF Brandenburg

Liebe Genossinnen und Genossen,

mit dem 14. Informationsblatt übergibt Euch der Landeskoordinierungsrat der KPF Brandenburg eine Zusammenfassung der Ergebnisse seiner analytisch – kritischen Begleitung von 4 Jahren Regierungsbeteiligung der Partei DIE LINKE in Brandenburg. Wieder wollen wir mit diesem Thema Diskussionsangebote machen und Denkanstöße geben.

Des weiteren beinhaltet das Informationsblatt den Wortlaut des **Protestschreibens der Koordinierungsgruppe der KPF Potsdam, Potsdam/Mittelmark und Teltow/Fläming zum Projekt des Wiederaufbaus der Garnisonkirche Potsdam.**

Die Sprecher des LKR

Kommunistische Plattform

in der Partei DIE LINKE des Landes Brandenburg

Erfahrungen aus 4 Jahren linker Regierungsbeteiligung

Im Jahre 2009 ist nach den Landtagswahlen vom Landesparteitag unserer Partei der Koalitionsvertrag mit der SPD beschlossen, die Regierung mit 4 Ministern der Partei DIE LINKE gebildet worden. Daraus ergaben sich neue Herausforderungen für unsere Partei.

Schon damals hatten wir als Landeskoordinierungsrat erklärt, daß wir als Kommunistinnen und Kommunisten einer Regierungsbeteiligung in einem kapitalistischen Staat grundsätzlich kritisch gegenüberstehen.

Dennoch halten wir eine Regierungsbeteiligung gegenwärtig als Teil des Ringens um einen „Richtungswechsel der Politik, der den Weg zu einer grundlegenden Umgestaltung der Gesellschaft öffnet, die den Kapitalismus überwindet“ (Programm DIE LINKE, Präambel, S. 5) aus drei Gründen noch für richtig.

Erstens wurde dadurch die CDU aus ihrer vorherigen Regierungsfunktion katapultiert.

Zweitens ist in einer Koalition mit der SPD mehr an sozialpolitischen und humanistischen Zielen unserer Partei zu erreichen, als durch eine Koalition von SPD und CDU.

Drittens haben damals 27,2 Prozent der brandenburger Wähler der Linkspartei den Auftrag erteilt, ernsthaft und druckreich auf die Gesellschaftsgestaltung in Brandenburg Einfluss zu nehmen. Dieser Auftrag kann nicht folgenlos ignoriert werden.

Auf dieser Position beruht die jährlich vom Landeskoordinierungsrat der KPF Brandenburg durchgeführte Analyse der Tätigkeit unserer Landtagsfraktion und unserer Regierungsmitglieder.

Im Ergebnis dieser Analyse übergaben wir im November 2010 die erste Stellungnahme der KPF Brandenburg zur Politik der Partei DIE LINKE in der Landesregierung und der Landtagsfraktion im Zeitraum 2009-2010 an unseren Landesvorstand und an unsere Landtagsfraktion.

Gleichzeitig nutzten wir diese Stellungnahme, um unsere Kreisverbände und Basisorganisationen über die Positionen der KPF Brandenburg zu politischen Grundsatzfragen zu informieren und die Arbeit der KPF in der Partei weiter transparent zu machen.

Ausgangspunkt unserer Stellungnahme waren damals Diskussionen in der Parteibasis zum Koalitionsvertrag.

Bereits unsere erste Stellungnahme zur rot-roten Regierungspolitik in Brandenburg war getragen davon, dass wir als Mitglieder der Partei DIE LINKE überzeugte Sozialisten sind.

Als Angehörige der Kommunistischen Plattform empfinden wir uns nicht als Partei in der Partei, sondern als Vertreter einer konsequent antikapitalistischen, linkssozialistischen Strömung im Rahmen der pluralistischen Verfasstheit unserer Partei.

Inzwischen regiert in Brandenburg die einzige rot – rote Koalition Deutschlands. Das macht die Sache einerseits nicht einfacher, andererseits wächst damit die Verantwortung der Brandenburger Linken, die KPF eingeschlossen, praktische Erfahrungen in der Regierungsbeteiligung zu sammeln und auszuwerten, um künftig Fehler möglichst vermeiden zu können und diese Erfahrungen den anderen Landesverbänden zu vermitteln.

In dem Bemühen, die linke Politik des Landesvorstandes und der Fraktion zu unterstützen und kritisch zu begleiten, setzten wir unsere Analyse der

Tätigkeit unserer Landtagsfraktion und Regierungsmitglieder für den Zeitraum Herbst 2010 bis zum Frühjahr 2012 fort und gaben unsere zweite Stellungnahme zur Politik der Partei DIE LINKE im Landtag und der Landesregierung des Landes Brandenburg dem Landesvorstand, unserer Landtagsfraktion, den Angehörigen der KPF Brandenburg und unseren Basisorganisationen zur Kenntnis und Diskussion.

Die dritte Stellungnahme für den Zeitraum bis Frühjahr 2013 legten wir mit unserem 12. Informationsblatt den Angehörigen der KPF Brandenburg und weiteren Interessenten vor.

Wir heben in unseren Stellungnahmen hervor, dass es in den entsprechenden Zeiträumen gelungen ist, auf einer Reihe von Gebieten unsere Ziele zu realisieren oder unsere linken Positionen stärker in den Vordergrund der Regierungstätigkeit zu rücken.

Diese Erfolge dürfen nicht unterschätzt werden und wären ohne DIE LINKE in der Landesregierung so nicht möglich gewesen.

Darüber hinaus gibt es aber auch nach wie vor Aspekte, die bei der Mitgliedschaft und bei den Wählern Irritationen hervorrufen, wo Klärungsbedarf besteht oder wo ernsthafter kritischer Widerspruch anzumelden ist.

Die politische Landschaft in Brandenburg ist besonders seit der Regierungsbeteiligung u.a. durch folgende Erscheinungen geprägt:

1. Eine in diesem Umfang und in dieser Schärfe bisher nicht praktizierte aggressive und verleumderische Hetzkampagne der Opposition, besonders der CDU-Führungsriege gegen die Mitglieder der Fraktion DIE LINKE sowie gegen die Partei als Ganze.
2. Ein in der Parteibasis und in der Öffentlichkeit (auch beim Wählerpotential) nicht deutlich erkennbares offensives Wirken bzw. auch widersprüchliches Auftreten einzelner Mitglieder der Fraktion. Die Freude und Euphorie nach den Wahlen 2009 hat sich gelegt.

Unzufriedenheit machte sich bemerkbar.

Die in Gesprächen mit der Parteibasis aufgegriffenen und in unseren Analysen zusammengestellten Probleme sowie die teilweise Unterwerfung unter Zeitgeist und SPD – Dominanz hat die Partei in der Mitgliedschaft und bei den Wählern Glaubwürdigkeit gekostet.

Unsere Stellungnahmen blieben nicht ohne Resonanz.

Die Fraktion und der Landesvorstand hatten uns für den 22.05.2013 zu einem Gespräch eingeladen, um gemeinsam mit uns unsere nun schon Dritte Stellungnahme zur Politik der Partei DIE LINKE. im Landtag und der Brandenburgischen Landesregierung auszuwerten und über die weitere Arbeit zu beraten.

Das über zweieinhalbstündige Gespräch verlief in einer freundschaftlichen, offenen und aufgeschlossenen Atmosphäre, in der einige Fragen aus unserer Stellungnahme, neue Fakten und dazu gehörende Hintergründe besprochen wurden.

Im „DIE LINKE. Brandenburg in Aktion - Newsletter 20/2013“ vom 24. Mai 2013 hieß es dazu unter der Überschrift „Suche nach dem richtigen Weg“:

„In dieser Woche kamen die Sprecher der Kommunistischen Plattform gemeinsam mit VertreterInnen des Fraktions- und des geschäftsführenden Landesvorstands zusammen, um auf der Grundlage der jährlichen Analyse der KPF Brandenburg nach mehr als drei Jahren LINKE in der Brandenburger Regierung Bilanz zu ziehen und sich auf die Suche nach dem richtigen Weg für die anstehenden Probleme in Brandenburg zu begeben. Vorausgegangen war dem Gespräch eine umfangreiche Einleitung des Sprecherrats der KPF.“

In dieser Einleitung hoben die Sprecher der KPF Brandenburg folgende Punkte hervor:

Die Parteibasis, die Wähler und wir als KPF erwarten, dass die Fraktion und die Mitglieder der Regierung aus dem Schatten der SPD heraustreten, ihr eigenes Profil parlamentarisch und außerparlamentarisch stärker, offensiv erkennbar machen.

Sie und wir erwarten:

- In der praktischen Politik eine stärkere Einbeziehung der Basis - nicht nur als Wahlhelfer und Wahlvolk. Dabei kommt nach unserer Meinung auch den Kreisvorständen eine größere Verantwortung zu. Bei der immer wieder geforderten innerparteilichen Diskussion bisheriger Erfahrungen in Regierungsbeteiligung oder Tolerierung muß es um produktive Analysen gehen, die im Interesse der Mehrheit in der Gesellschaft und im Interesse der Partei gebraucht werden. Der demokratische und innerparteiliche Grundsatz, bei wichtigen Entscheidungen vorher mit den Mitgliedern zu beraten, ist unbedingt zu verstärken.
- Bei Regierungsteilhabe oder Tolerierung in einem Land sollte immer wieder um die Eigenständigkeit des Landesverbandes gegenüber Fraktion und Ministern gerungen werden. Es müsste deutlich werden, dass wichtige Standpunkte/Forderungen der Partei über das hinausgehen, was in ihrer Regierungspolitik möglich ist. Der Landesverband, die Basis der Partei, müsste die Regierungstätigkeit durch Druck von der Straße, von außerparlamentarischen Kräften etc. in Richtung der Parteipositionen unterstützen. Und dabei spielt nicht nur eine Rolle, welche Positionen unserer Partei in welchem Maße und in welchen Bevölkerungskreisen mehrheitsfähig sind, sondern vor allem, ob Gewerkschaften, Initiativen, Bürgerinnen und Bürger für außerparlamentarischen Druck zur Durchsetzung linker Forderungen bereit oder zu gewinnen wären.
- Regelmäßige Rechenschaft über Erreichtes und über Ursachen für

nicht zu Erreichendes sollten in der Partei und darüber hinaus üblich sein. Dabei wäre nicht nur die Koalitionsvereinbarung, sondern immer auch das Parteiprogramm als Maßstab der Arbeit zu Rate zu ziehen.

- Wichtig wäre, *vor* wesentlichen Entscheidungen in der Regierung und bei bedeutsamen Abweichungen von Koalitionsvereinbarungen im Landesverband und mit Bürgern Optionen zu diskutieren, den eigenen Such- und Lernprozess zu demokratisieren. Das ist auch deshalb so wichtig, weil die Mitglieder der Partei, die „ihre“ Regierungstätigkeit vor Ort erklären und vertreten, für die Partei werben wollen. Dabei wären alle Informationswege in der Partei und in die Gesellschaft zu nutzen, um Erfolge des Mitregierens der Linken öffentlich darzustellen, damit sie nicht vom Koalitionspartner für sich reklamiert werden.
- Der Landesverband in Regierungsbeteiligung darf sich nicht auf Landespolitik gem. Grundgesetz/Landesverfassung reduzieren lassen, sondern sollte das antiimperialistische, antimilitaristische und internationalistische Profil der Gesamtpartei auf der Grundlage des Parteiprogramms stärker in den Mittelpunkt der parlamentarischen und außerparlamentarischen Arbeit stellen und wo möglich, in die Regierungsarbeit einfließen zu lassen. Das würde bindenden staatsrechtlichen Vorgaben nicht widersprechen.
- Generell wäre wichtig, Wahlkämpfe, anders als von systemtragenden Parteien, so zu gestalten, dass nicht unerfüllbare Versprechen gemacht werden und dass vor allem nicht versprochen wird, dass dies und jenes allein mit der Stimmabgabe für die Linke besser werden würde, sondern dass in jedem Wahlauftritt gesagt wird, dass nur durch den ausdauernden Einsatz der Interessierten in ihren Unternehmen, in der Gewerkschaft, als Mieter, Konsument, als Lernende, als Rentnerinnen und Rentner, als Rüstungs- und Kriegsgegner, tatsächlich Veränderungen zum Besseren erreicht werden können.

Wahlen müssen stärker zur Aufklärung über den Charakter der kapitalistischen Gesellschaft in ihrer gegenwärtigen Verfasstheit, über die systembedingten Ursachen für asoziale Zustände und Entwicklungen und damit für grundlegende Positionen der Linkspartei genutzt werden.

Die Anwesenden der Beratung waren sich einig, dass die Regierungsbeteiligung der LINKEN in Brandenburg auf viele Erfolge zurückblicken kann, bspw. die Abschaffung der Residenzpflicht für Asylsuchende, die Neuordnung der Förderpolitik, das Vergabegesetz, die Weichenstellungen für eine verbesserte personelle Ausstattung im Bildungsbereich oder auch die nun anstehende Festschreibung einer Antirassismusklausel in der Landesverfassung. Auch Punkte, wo noch weitere Anstrengungen notwendig sind, kamen zur Sprache, stellvertretend für einige weitere seien hier die Altanschießerproblematik, die Lärmschutzfragen beim Flughafen BER und die Position zum Wiederaufbau der Garnisonkirche Potsdam genannt. Nach mehr als zweistündiger intensiver Diskussion waren sich die Anwesenden einig, dass ein solcher Austausch für alle Seiten sehr wichtig ist und unbedingt eine baldige Fortsetzung finden soll.

Nun sollen aber weder die Regierungsbeteiligung der Partei DIE LINKE noch unsere kritische Begleitung der Politik unserer Partei in der Landesregierung dem Selbstzweck dienen.

Schlussfolgerungen aus der kritischen Analyse linker Regierungspolitik

Bei der Frage nach Sinn und Notwendigkeit der Regierungsteilhabe ist von Zweck und Zielstellung der Partei, aktuell von ihrem geltenden Programm,

auszugehen. Zur Realisierung ihrer Aufgabenstellungen sind Mittel und Wege den Zielen untergeordnet. Dabei geht es um die Verbesserung der gegenwärtigen Lebenslage der Erwerbsabhängigen, der Arbeitslosen, prekär Beschäftigten, der meisten Rentner und eines Großteils der Mittelschichten. Das ist mit dem Einsatz für grundlegende Veränderungen der Gesellschaft zu verbinden. Dadurch würden aktuelle Besserungen dauerhaft gemacht werden können und es würden zugleich Ausgangspositionen für Schritte hin zu einer sozialistischen Gesellschaft verbessert werden. Es geht also auch bei der Frage des Mitregierens darum, die Grundrichtung linker Politik zu verfolgen. Im Programm ist die Rede vom "Richtungswechsel der Politik, der den Weg zu einer grundlegenden Umgestaltung der Gesellschaft öffnet, die den Kapitalismus überwindet." (Präambel, S.5) Unverzichtbar sollte die Linke eine Friedenspartei bleiben, die jegliche militärische Einsätze der BRD im Ausland ablehnt und für die Einschränkung der Rüstungsindustrie und die Verhinderung ihrer Exporte eintritt. Ebenso gehört internationale Solidarität mit allen Unterdrückten und Ausgebeuteten dieser Erde zu den Grundsätzen der Partei, das schließt den Einsatz gegen deutsches Großmachtstreben in Wirtschaft und Politik zulasten anderer Völker ein.

Regierungsteilhabe ist demnach kein "Wert an sich". Die Entscheidung darüber ist auch nicht vor allem nach rechnerischen Möglichkeiten nach Wahlen gem. dem bürgerlichen Parlamentarismus und dem üblichen Verhalten anderer Parteien, zu treffen. Eben deshalb gibt es das Einverständnis im Programm über "sinnvolle", "anzustrebende" und "auszuschließende" Regierungsbeteiligungen. (S.74/75) Sie seien anzustreben, wenn dadurch die Lebenslage der Menschen verbessert werden könne. Die Linke wird sich nicht an einer Regierung beteiligen, die Kriege führt, Kampfeinsätze der Bundeswehr zulässt, Aufrüstung und Militarisierung vorantreibt, Privatisierungen der Daseinsvorsorge oder Sozialabbau betreibt... (ebenda, S.75).

Darüber hinaus werden zu Recht Tolerieren und Mitregieren weder unter allen Bedingungen und zu allen Zeiten und gleichermaßen für Bund und Länder abgelehnt noch als generelle Strategie der Partei verfolgt. Für den Bund werden grundlegende Kriterien selbstverständlich anders zu konkretisieren sein als in Bundesländern. Und in Bundesländern, in denen Optionen für Tolerieren oder Mitregieren entstehen, werden die o.g. Grundsätze in den Landesverbänden jeweils detaillierter und gem. Schwerpunkten der Parteipolitik im Lande zu bestimmen sein.

Bei allen Debatten zur Regierungsfrage, die in der internationalen Arbeiterbewegung seit über 100 Jahren und auch von Anbeginn in der PDS und in unserer Partei kontrovers geführt werden, scheinen uns die im Parteiprogramm gefundenen Positionen eine gute Grundlage zu sein.

Solange diese Art bürgerlicher Demokratie und des Parteienstaates existiert und den Rahmen der Kampfbedingungen systemoppositioneller Kräfte mitbestimmt, kann die Linke unter den gegenwärtigen Bedingungen auf Teilnahme an Wahlen nicht verzichten. Und wenn ihr jeder 4. oder 5. Wähler seine Stimme gibt, wie in ostdeutschen Bundesländern, oder sich andere Konstellationen ergeben, durch eine Regierungsbeteiligung möglicherweise am besten im Sinne des Parteiprogramms wirken zu können, sollte ein solcher Schritt auf der Grundlage der Rahmenbedingungen und Mindestanforderungen geprüft werden. Die Linke wird sich in dem Sinne Kompromissen in die richtige Richtung nicht verweigern und an entsprechenden - auch parlamentarischen - Bündnissen arbeiten.

Unsere o.g. Analysen zeigen, dass es nicht nur um die Aushandlung von Koalitionsvereinbarungen geht, sondern um die Probleme, die im Prozess des Mitregierens, durch unterschiedliche Interpretation des Vereinbarten, durch veränderte Bedingungen, "Sachzwänge", Verhalten des Regierungs-

partners etc. entstehen. Mit konkreten, kontrollier- und durchsetzbaren und verbindlichen Mechanismen in der Partei wäre gegen die Regelmäßigkeit der Integration der Partei in das gegenwärtige Herrschaftssystem anzukämpfen. Das erfordert eine wache, solidarisch-kritische und kämpferische Mitgliedschaft auf allen Ebenen der Partei. Weiterhin müsste im Landesverband klar definiert werden, dass und mit welchem demokratischen Prozedere Tolerierung oder Regierungsbeteiligung zu beenden wären, wenn z. B. wesentliche Vereinbarungen durch den Koalitionspartner gebrochen werden oder grundlegende Voraussetzungen fürs Mitregieren von Linken während einer Legislaturperiode weggefallen wären. Und wenn wir mit dem Parteiprogramm eine Regierungsbeteiligung nur dann als sinnvoll ansehen, wenn sie eine "Abkehr vom neoliberalen Politikmodell durchsetzen sowie einen sozial-ökologischen Richtungswechsel einleiten" kann, liegt auf der Hand, dass in Brandenburg gegenwärtig dafür die Voraussetzungen fehlen. Das wäre der mit dem Eintritt der Linken in die Regierung in Brandenburg versprochene oder verbal angestrebte, aber objektiv noch nicht erreichbare "Politikwechsel".

Gehen wir also davon aus, dass die Option von Tolerieren oder Mitregieren insoweit vor Landesverbänden der Partei, vor allem im Osten, stehen kann, als sie damit zwar keinen Politikwechsel, wohl aber eine Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen im Rahmen der Gesamtstrategie der Partei anstreben würden. Vor allem unter diesem Gesichtspunkt wären bisherige gute und schlechte Erfahrungen aufzuarbeiten und künftig zu berücksichtigen, wie die KPF das in ihren Analysen zur linken Regierungspolitik tut.

Die Analysen machen deutlich, dass mit linker Regierungsbeteiligung selektiv einzelne Verbesserungen im Bildungssystem, bei der Vermittlung von Sozialhilfeempfängern in versicherungspflichtige Beschäftigung, in öffentlich geförderter Beschäftigung, beim Stopp des Sozialabbaus für einzelne

Bevölkerungsgruppen und Zeiträume, bei der Kinderbetreuung, teilweise für Flüchtlinge und Asylbewerber, Verbesserungen im Verbraucherschutz, punktuell im Umweltschutz, im Gesundheitswesen und beim Vorrang für erneuerbare Energien erreicht worden sind.

Dabei besagt eine wesentliche Erfahrung: Alle Erfolge in Gesetzgebung/Regierungshandeln müssen, wenn sie nicht auch Interessen der Herrschenden entsprechen, im täglichen Einsatz gegen öffentliche Geldnot, die Macht des privaten Unternehmens/ Geldes und gegen Manipulierung zugunsten der Marktinteressen in ihrer beabsichtigten Wirkung erst durchgesetzt, verteidigt und immer aufs Neue errungen werden.

Zunehmend wurden jedoch auch mit linker Regierungsbeteiligung öffentliche Mittel in Größenordnungen für die Aufrechterhaltung privater Wirtschaftsstandorte ausgegeben, ohne sie an gemeinwohlorientierte Kriterien wie Sicherung von Arbeitsplätzen, Tarifbezahlung, gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit, mehr Mitbestimmung etc. zu binden. Insgesamt konnten durch Mitregieren der Linken die negativen Bundestrends und spezifische Nachteile für Erwerbsabhängige in den für sie wichtigsten Lebensbereichen auch in Brandenburg nicht aufgehalten werden. Es gab kaum strukturelle Eingriffe, die zu besseren Ausgangsbedingungen für künftige Entwicklungen, weg vom Neoliberalismus, beitragen würden.

Eine in der Präambel des Koalitionsvertrags und bei allen möglichen Gelegenheiten wiederholte Reduzierung der DDR auf Unrecht, auf "Stasitätigkeit" und "Stalinismus" etc. und pauschale Verurteilung und Distanzierung wurden als Ritual fürs Mitregierendürfen in Brandenburg verlangt und geübt.

Regierungsbeteiligungen haben nirgendwo dazu geführt, dass Rechtsextremismus, entsprechende Gewalt und neofaschistisches Gedankengut in der Gesellschaft zurückgedrängt werden konnten. Wo es solche Zurück-

drängung gab, erfolgte sie nicht im parlamentarischen Raum, sondern auf der Straße durch die Aktivität der Antifaschisten. Diese Einschätzung ist nicht an Position und Stärke der NPD gebunden, sondern erfasst das gesamte Phänomen. Als besonders nachteilig erweist es sich, wenn Polizei und andere Staatsorgane in einem von SPD und Linker regierten Land Naziaufmärsche schützen und zugleich gegen antifaschistischen Widerstand eingesetzt werden. Nachteilig auch, wenn in einem solchen Bundesland die Bundeswehr entgegen der erklärten Friedenspolitik der Gesamtpartei, in Schulen und anderen Bildungseinrichtungen für die Militarisierung der Politik werben dürfen und auf der ILA bedeutende Teile vom Militär beworben werden dürfen.

Bei der u.a. von der KPF und dem Ältestenrat in der Partei DIE LINKE immer wieder geforderten innerparteilichen Diskussion bisheriger Erfahrungen in Regierungsbeteiligung oder Tolerierung geht es nicht um Glaubensbekenntnisse, Schuldzuweisungen, Fehlerdebatten und Rechthaberei, sondern um produktive Analysen, die im Interesse der Mehrheit in der Gesellschaft und im Interesse der Partei gebraucht werden.

Alles in allem scheint die gegenwärtige Situation, in der sich die antineoliberalen und antikapitalistischen Kräfte in Deutschland und europaweit, einschließlich der Linken, befinden, dafür zu sprechen, dass die Partei vor allem an ihrem weiteren Aufbau als eigenständige gesamtdeutsche politische Kraft arbeiten sollte, womit in der Regel ihre auch parlamentarische Opposition verbunden wäre. Wesentlich für eine erfolgreiche Entwicklung dürfte die Arbeit in und mit konfliktbereiten Gewerkschaften und widerständischen Initiativen und Bewegungen sein.

In dieser Gesamtstrategie der Partei hat der Einsatz für eine starke Fraktion im nächsten Bundestag seinen bedeutsamen Platz. Dazu ist die dauer-

hafte, kontinuierliche Kommunikation mit den Bürgern grundsätzlich zu verbessern – nicht nur vor Wahlen zu intensivieren! Die Partei Die Linke braucht einen ausreichenden, möglichst stetig wachsenden Rückhalt in der Bevölkerung – das muss unser Schwerpunkt und unsere Messlatte.

Kommunistische Plattform

in der Partei DIE LINKE des Landes Brandenburg

**An die Mitglieder des Landesvorstandes DIE LINKE. Brandenburg,
die Mitglieder der Fraktion DIE LINKE im Brandenburger Landtag,
die Mitglieder des Kreisvorstandes DIE LINKE. Potsdam und
die Mitglieder der Fraktion DIE LINKE in der Potsdamer Stadtverord-
netenversammlung**

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

die jüngsten Entwicklungen haben die Garnisonkirche in Potsdam nicht nur in den brandenburgischen, sondern auch in den bundesweiten Fokus gerückt. Deshalb hat sich die Koordinierungsgruppe der KPF Potsdam, Potsdam-Mittelmark und Teltow-Fläming eingehend mit dieser Problematik beschäftigt.

Im Ergebnis unserer Beratungen fordern wir Euch auf, möglichst noch vor der Bundestagswahl im September eine eindeutige Positionierung gegen das „nationale Wiederaufbauprojekt Garnisonkirche Potsdam“ zu suchen, zu finden und zu veröffentlichen.

Begründung:

Seit der Gründung der Fördergesellschaft für den Wiederaufbau der Hof- und Garnisonkirche Potsdam im Jahr 2004 bestand in der Partei DIE LINKE der Konsens: „Wir tolerieren die Bemühungen zum Wiederaufbau der Garnisonkirche, solange dafür keine öffentlichen Gelder eingesetzt werden.“

Die Realität entzieht diesem Konsens jedoch jegliche Grundlage.

Angefangen mit der Schenkung des Grundstücks an die Stiftung durch die Landeshauptstadt Potsdam; über die Zuweisung von zwei Millionen Euro aus dem Vermögensfond ehemaliger Parteien und Massenorganisationen

der DDR zu Lasten der Finanzierung von Gedenkstätten, die sich mit der NS-Vergangenheit im Land Brandenburg auseinandersetzen; 22.000 Euro aus Lottomitteln bis hin zur kürzlich erfolgten Zuweisung von 400.000 Euro aus dem staatlichen Fond für Denkmalpflege, wiederum zu Lasten anderer existierender und sanierungsbedürftiger Kulturdenkmäler; das alles sind öffentliche Gelder.

Der umstrittene Rückbau der Breiten Straße in Potsdam, finanziert aus städtischen und Landesmitteln, mit dem Ziel, das Baugrundstück für die Garnisonkirche zu erschließen, soll nicht unerwähnt bleiben.

Mit der Ausrufung der Garnisonkirche zum „nationalen Wiederaufbauprojekt“ (dieser Terminologie bedient sich die NPD schon seit längerem) steht zu befürchten, dass weitere Steuergelder in dieses umstrittene Projekt gepumpt werden sollen.

Hintergrund:

Seit der Weihe des Militärtempels 1733 diente er den Hohenzollern als Stätte der Verherrlichung preußischer Militär- und Kriegshuldigung einschließlich dem Andenken großer Schlachten und dem Feiern großer Siege. Immer mehr eroberte Fahnen und Medaillen zierten das Innere und legten Zeugnis der „Siege“ über andere Länder und Heere ab. Nicht Gott stand im Mittelpunkt dieser Garnisonkirche sondern Kaiser und König als oberste Kriegsherren, sie wurden in reservierter Loge geehrt und die Soldaten bildeten die Kulisse.

Bis zu ihrer Zerstörung im Frühjahr 1945 wurde die Garnisonkirche ausschließlich zu diesem Zweck von den jeweiligen Machthabern genutzt (selbstverständlich durfte die Kirchengemeinde ihr Gastrecht wahrnehmen und Andachten und Gottesdienste abhalten). Der sogenannte „Tag von Potsdam“, der 21. März 1933, war nur ein, wenn auch nicht unbedeutendes Ereignis in einer langen Reihe von reaktionären Weiheveranstaltungen in der rund 213jährigen Geschichte der Garnisonkirche.

Die Befürworter der Neuerrichtung der Garnisonkirche leugnen die unselige Geschichte dieses Bauwerks, indem sie anführen, man sollte die Geschichte der Kirche nicht auf den 21. März 1933, den sogenannten „Tag von Potsdam“ reduzieren und deuten sie als Hort des antifaschistischen Widerstandes um, nur weil einige Männer des 20. Juni als Mitglieder der Kirchengemeinde in den dreißiger Jahren an Gottesdiensten in der Kirche teilnahmen.

Die Wahrheit ist, dass die Garnisonkirche von Anfang an bis zu ihrer Zerstörung im Jahre 1945 dazu diente, unter Missachtung des christlichen Gebots „Du sollst nicht töten“, Soldaten ideologisch auf Kriege vorzubereiten. Unterschlagen wird auch, dass einige Beteiligte am Attentat auf Hitler und Mitglieder der Kirchengemeinde vorher an Kriegsverbrechen beteiligt waren.

Die Befürworter haben sich ebenso still und heimlich vom vorgesehenen Versöhnungscharakter der Kirche verabschiedet. Das ursprünglich als Kirchengespitze geplante Kreuz der Nagelkreuzgemeinde von Coventry, das als äußeres Versöhnungssymbol gedacht war, ist der alten, den preußischen Militarismus symbolisierenden Spitze gewichen.

Es ist zu befürchten, dass die Kirche wieder zu einem „Militärtempel“ wird, eine Soldatenkirche. Bezeichnend ist, dass zwanzig Prozent der Mitglieder der Fördergesellschaft Militärs der Bundeswehr sind oder waren. Der Militärbischof der Bundeswehr ist Kuratoriumsmitglied der Stiftung für den Wiederaufbau. Die Militärseelsorge hat alleine 250.000 Euro Steuergelder für den Wiederaufbau gespendet. Laut dem Vorsitzenden des Stiftungskuratoriums soll in der zukünftigen Garnisonkirche „in besonderer Weise der bei Auslandseinsätzen gefallenen Bundeswehrsoldaten gedacht werden“.

Die Übertragung des Grundstücks an die Stiftung zum Aufbau der Garnisonkirche durch die Landeshauptstadt Potsdam erfolgte unter der Prämisse

se, dass der Neubau als Versöhnungs- und Begegnungsstätte für Frieden und Völkerverständigung dienen sollte.

Das Abweichen von diesem Ziel dient offensichtlich der Anbiederung an den Oberstleutnant a.D. Max Klaar und seiner Stiftung Preußisches Kulturerbe, um an die dort gesammelten 6,3 Millionen Euro Spendengelder zu kommen. Dieses Bestreben wird jedoch mit dem jüngst beschlossenen Abweichen vom historischen Grundriss des Turms der Garnisonkirche, wohl aus Kostengründen, konterkariert, da Max Klaar die Spenden für einen originalgetreuen Wiederaufbau der Garnisonkirche gesammelt hat.

Selbst die Kirchengemeinde der ehemaligen Garnisonkirche, die Heilig-Kreuz-Gemeinde hat mehrfach erklärt, dass dieses Gebäude nicht als Kirche erforderlich ist. Stattdessen soll das Geld für die Renovierung der Friedenskirche in Potsdam oder maroder Dorfkirchen im Land Brandenburg verwendet werden.

Mit dem „Rückbau“ der Breiten Straße auf zwei Fahrbahnen in jeder Richtung werden jedoch bereits Fakten geschaffen. Damit wird der Platz für den Turm der Garnisonkirche freigemacht. Völlig unverständlich ist, dass die Landesregierung hierfür rund drei Millionen Euro zur Verfügung gestellt hat. Wo an anderer Stelle für die Reparatur defekter Straßen an allen Ecken und Kanten das Geld fehlt, wird hier eine der in Potsdam am stärksten verkehrsbelasteten jedoch intakte Straße verengt.

Wir brauchen gerade in Potsdam kein wiedererstandenes Symbol des preußisch-deutschen Militarismus.

Wir brauchen in Potsdam auch keinen Wallfahrtsort für alte und neue Faschisten, zudem die Garnisonkirche unweigerlich, ob gewollt oder nicht, genutzt werden wird.

Im Bürgerhaushalt haben sich die Potsdamerinnen und Potsdamer wiederholt gegen die Verwendung städtischer Gelder für den Aufbau der Garnisonkirche entschieden.

Auch große Teile der Mitglieder der LINKEN im Kreisverband Potsdam sprechen sich im Ergebnis der jüngsten Entwicklungen gegen den Wiederaufbau der Garnisonkirche aus und fordern eine eindeutige Positionierung der Partei noch vor der Bundestagswahl 2013 gegen einen Wiederaufbau. Anderenfalls befürchten sie einen Glaubwürdigkeitsverlust der LINKEN bei ihren Wählern.

Liebe Genossinnen und Genossen,

die kritischen Aussagen unseres Schreibens sind getragen von unserer Verantwortung als Kommunisten der KPF in der Partei DIE LINKE. Wir haben es am 08. August gründlich beraten, einstimmig beschlossen und als Schreiben an Euch verabschiedet.

Mit solidarischen Grüßen

die Mitglieder der Koordinierungsgruppe der KPF

Potsdam, den 08.08.2013